

2 Der Einfluss von Sicherheit auf Staatsbildungsprozesse in der Verlaufsperspektive

»It is always under great difficulties, and very imperfectly, that a country can be governed by foreigners; even when there is no extreme disparity, in habits and ideas, between the rulers and the ruled. Foreigners do not feel with the people [...] The government of a people by itself has a meaning, and a reality; but such a thing as government of one people by another, does not and cannot exist.«

John Stuart Mill, *Considerations on Representative Governments* (2015, p. 395)

Statt in einer internationalisierten UN-Treuhandsituation zu einer friedlichen Staatsgründung zu führen, entwickelte sich der kamerunische Dekolonialisierungs- und *Statebuilding*-prozess gewaltvoll. Großen Einfluss auf die Eskalation der Situation hatte eine sich herausbildende *Grammatik der Sicherheit*, die im postkolonialen Staat Kontinuität entwickelte und sich institutionalisierte. Durch die besondere Situation der UN-Treuhandschaft verstehe ich den Prozess in Kamerun als Feld postkolonialen *Statebuildings*; er ist, so mein Argument, in einer Verlaufsperspektive zu analysieren, um die Konsequenzen von Sicherheitskonstruktionen zu erfassen. Um mein Forschungsinteresse an Verlaufsperspektiven auf *Statebuilding*, Sicherheit und Dekolonialisierung innerhalb der bestehenden Literatur zu verorten, möchte ich im Folgenden zwei Literaturstränge zusammenführen: Die Paradoxien, Dilemmata und Schwierigkeiten von Staatsbildungsprozessen innerhalb eines internationalisierten Systems werden in der Literatur zu *Statebuilding* vielfältig diskutiert, häufig mit Verweis auf die problematische Legitimität der internationalen Präsenz und Autorität. Dabei gehen nur wenige Arbeiten auf den historischen Kontext der Dekolonialisierung ein oder benennen koloniale Machtmuster als Einflussfaktoren, obwohl koloniales *Statebuilding* umfassend

und gewalttätig war und in vielerlei Hinsicht Einfluss auf die nachfolgenden politischen Strukturen hatte. Im Gegensatz dazu liefern geschichtswissenschaftliche Arbeiten zur Dekolonialisierung umfassende Beschreibungen der kolonialen Umbrüche, nur wenige jedoch nutzen Konzepte der IB und Konfliktforschung, die die Eskalation von Konflikten und die Aufrechterhaltung von Macht- und Herrschaftsmustern analytisch erklären können(ten).

Daher will ich in diesem Kapitel den Forschungsstand zu Konstruktionen von Sicherheit in Staatsbildungsprozessen darstellen und aufzeigen, inwiefern eine Verlaufsperspektive den prägenden Einfluss von Sicherheit in Transitionsprozessen erklären kann. Dabei fokussiere ich mich auf drei Einfallswinkel: Zum einen stelle ich sozialwissenschaftliche Arbeiten vor, die sich konzeptionell mit Dynamiken um Staatlichkeit in externen Staatsbildungsprozessen beschäftigen (Kapitel 2.1.), zum anderen Arbeiten, die sich mit der Rolle von Sicherheit in *Statebuilding*-Prozessen und -Konflikten, insbesondere aus Perspektive der Regionalstudien, auseinandersetzen (2.2.). Schließlich arbeite ich den Forschungsstand auf, der sich mit den Besonderheiten von (post-)kolonialen Kontexten und Prozessen von Dekolonialisierung beschäftigt (2.3.).

2.1 **Statebuilding** als Kontinuität

Im Gegensatz zu vielen anderen Dekolonialisierungsprozessen wurde in Kamerun ein international geführter Staatsaufbau im Rahmen eines UN-Treuhandmandats durchgeführt. Auf globaler Ebene bildeten die Prozesse rund um Dekolonialisierungen umfangreiche gesellschaftliche Umbrüche – bei gleichzeitigem Aufbau von souveräner Staatlichkeit, wie ich in Kapitel 2.3. zeigen werde. Auch wenn die post-koloniale Zukunft der neuen, souveränen Staaten vielversprechend schien, gibt es eine Kontinuität globaler Ungleichheit, unsicherer Staatlichkeit, ökonomischer Abhängigkeitsverhältnisse und Gewalt. Die Fragilität der Staatlichkeit im Globalen Süden resultierte nach Ende des Kalten Krieges in eine neue Form der Intervention¹, die die Beziehung zwischen Globalem Süden und Europa markierte. Aufgrund der strukturellen Ähnlichkeiten zwischen dem *new interventionism* (Doyle und Sambanis, 2011, p. 6) und Dekolonialisierungsverwaltungen wird in der Literatur auf eine Kontinuität der Eingriffslogiken verwiesen (Bonacker et al., 2014, p. 7). In der Literatur zu Interventionen zieht sich die Erkenntnis durch, dass Interventionen zwar in sich umstritten und problematisch seien, aber inzwischen in der Praxis als eine

¹ Dieser Arbeit liegt ein sehr breites Verständnis von Intervention zugrunde, welches jegliche Interaktionen zwischen internationalen und lokalen Akteuren einbezieht, die auf gesellschaftliche Transformationsprozesse, die Schaffung von Frieden und stabile staatliche Strukturen abzielen.

Notwendigkeit betrachtet werden. So stehen in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung die Dilemmata und Schwierigkeiten internationaler Missionen im Fokus. Kritik bezieht sich häufig auf die zugrundeliegenden Paradigmen und normativen Grundannahmen von internationalen State- und Peacebuilding-Missionen, um die Schwierigkeiten zu erklären. Dabei lassen sich in der Literatur zwei unterschiedliche Perspektiven auf *Statebuilding* unterscheiden: Die eine fokussiert sich auf das Ziel von *Statebuilding* und Staatlichkeit und thematisiert die normativen Schwierigkeiten der Eingriffslogik (Kapitel 2.1.1); die andere untersucht die Dilemmata und Schwierigkeit der Praxis von *Statebuilding* (Kapitel 2.1.2). Darüber hinaus werde ich in Kapitel 2.1.3 auf die Kontinuitäten von externer Herrschaft eingehen sowie in Kapitel 2.1.4 die Schnittstellen von *Statebuilding* und Sicherheit und *Versichertheitlichkeit* erläutern.

2.1.1 Staatlichkeit und Sicherheit als Ziele des *Statebuildings*

Seit Ende des Kalten Krieges konzentriert sich die akademische Literatur vermehrt auf die steigende Anzahl internationaler Interventionen im *Globalen Süden*, die oft damit gerechtfertigt werden, *fragile Staaten* davon abzuhalten, die globale Ordnung, internationalen Frieden und Sicherheit zu gefährden (Sabaratnam, 2017). Als ebenso gefährlich wahrgenommen wird es von Akteuren des internationalen Systems, wenn *kein Staat* vorliegt: Bevor Demokratie oder wirtschaftliche Entwicklung gefördert würden, müssten zunächst staatliche Strukturen gebildet werden, wie Fukuyama argumentiert (Fukuyama, 2004). Seit den 1990er Jahren kam es zu einer erheblichen Zunahme von Friedensmissionen, mit unterschiedlicher Dauer und Eingriffsintensität. Exemplarisch sind die Fälle Afghanistan, Irak, Kosovo und Ost-Timor, die die Schwierigkeiten solcher Interventionen greifbar machen und zugleich das Interesse von Wissenschaftler_innen und politischen Entscheidungsträger_innen verstärkten (Andersson and Weigand, 2015; Böhnke et al., 2017; Dodge, 2006; Mac Ginty, 2011; Sangar, 2013; Suhrke, 2013; Tripp, 2004). Auch wenn das Konzept *Statebuilding* oft synonym für *Nationbuilding* (Berger, 2006; Hippler, 2005) – oder für andere Konzepte wie etwa *Demokratisierung* (Bratton and Chang, 2006; Daddieh and Mengisteab, 1999; Zakošek, 2008) oder als Äquivalent für *Peacebuilding* – benutzt wird (Andersen, 2012, p. 206), ist *Statebuilding* viel enger definiert als *Nationbuilding*, welches ein größeres, komplexeres und zusammenhängendes Projekt beschreibt (Wesley, 2008, p. 327). *Statebuilding* umfasst das Aufbauen von legitimen staatlichen Institutionen, wie etwa Bürokratie und Sicherheitsstrukturen, um deren Integrität und Effizienz zu stärken und damit eine positive Entwicklung von Ökonomie, Gesellschaft und politischem Leben zu ermöglichen. Wenn ein Staat sich als nicht funktionsfähig genug erweist, um für Ordnung und Stabilität zu sorgen, übernehmen internationale Verwaltungen, teilweise mit militärischer Unterstützung, für eine Übergangszeit die Wahrung von Frieden und Sicherheit, um den

politischen Neuaufbau zu ermöglichen. Dafür ziehen sie das Gewaltmonopol sowie die Hauptfunktionen eines Staates, meist Finanzierung, Legitimität und Verwaltung, an sich. Die Ausführung des Mandats erfolgt in einem mehrstufigen Prozess: Die erste Stufe stellt Sicherheit, Ordnung und die Bereitstellung humanitärer Hilfe in die Mittelpunkt, die zweite fokussiert sich auf den Aufbau von Institutionen und öffentlicher Verwaltung, während es bei der dritten Stufe um Rechtstaatlichkeit, die Förderung demokratischer Prozesse sowie der Ökonomie geht (Wesley, 2008, p. 373). Dazu zählt eigentlich auch die Entwicklung gemeinsamer politischer Ordnungsvorstellungen und eines kollektiven Zugehörigkeitsgefühl (Bonacker et al., 2014, p. 8). In der Praxis setzte sich jedoch ein eher technokratisches Verständnis durch.

In der akademischen Debatte werden *Peacebuilding*-Missionen² und *Statebuilding*-Prozesse³ als Projekte der liberalen Idee markiert und diskutiert (Franzki, 2012; Paris, 1997). Neben orthodoxen Beiträgen (Fukuyama, 2004; Paris and Sisk, 2009; Rotberg, 2010) gibt es Literatur, die die Schwächen, Probleme und Paradoxien internationaler *Statebuilding*-Missionen betont. Kritik richtet sich auf die Normativität der Eingriffsargumente und -logiken, aber auch auf Phänomene, die während der Intervention zutage treten. In der normativen Kritik wird die Idee des *liberal peace* (Newman et al., 2009) – die Vorstellung, dass liberale Demokratie für Frieden und Sicherheit sorge – als westliches Konzept kritisiert und wird auf dessen Konsequenzen verwiesen: »Authoritarianism may be the result at the state level and hegemony at the international level, particularly where the liberal state is exported through peace-building« (Richmond, 2011, p. 426). Weiterhin wird die Idee des taxonomischen Staatsaufbaus durch externe Akteure in Nicht-OECD-Ländern problematisiert (Bliesemann de Guevara und Kühn, 2010; Chandler und Sisk, 2013; Kühn, 2010; Pugh et al., 2016; Richmond, 2014; Sabaratnam, 2013; Zaum, 2007). Postkoloniale und *dekoloniale* Perspektiven stellen heraus, dass vor allem Industrieländer im Globalen Süden (Sabaratnam, 2017; Ziai, 2015) und insbesondere in

2 *Peacebuilding* konzentriert sich in der Regel unmittelbar nach Gewaltkonflikten darauf, neue Gewaltausbrüche zu vermeiden und einen Friedensprozess in den betroffenen Gesellschaften zu befördern.

3 *Statebuilding* bezeichnet eine langfristige Perspektive der Schaffung eines stabilen Staates. Die umfangreichsten *Statebuilding*-Operationen wurden im Kosovo und in Bosnien, Afghanistan, Liberia, Sierra Leone, der DR Kongo, Timor-Leste und Haiti durchgeführt. In den genannten Beispielen greifen die externen Akteure weit in staatliche Souveränitätsrechte ein und erfüllen (zeitweise) staatliche Aufgaben. Sie substituieren die fehlende Staatlichkeit vor Ort mit eigenem Militär-, Polizei- und/oder Zivilpersonal und übernehmen systemrelevante Funktionen in den lokalen Institutionen. Diese protektoratsähnlichen Arrangements bergen nicht nur erhebliche Risiken für die externen Akteure, sondern erfordern auch die verlässliche Bereitstellung umfangreicher personeller und finanzieller Ressourcen. Weiterhin verwendet wird in dieser Arbeit der Begriff *Staatsbildung*, der einen längerfristigen, nicht zwangsläufig international durchgeführten Staatsformierungsprozess bezeichnen soll.

Afrika (Englebert and Tull, 2008) intervenieren. Andere Arbeiten verschieben den Fokus auf inner-afrikanische Interventionen (Witt, 2013; Wodrig, 2017, 2014; Wodrig and Grauvogel, 2016). In der Forschungsliteratur wird außerdem kritisiert, dass *State- und Peacebuilding*-Missionen einen technischen Management-Charakter erhalten (Richmond, 2013) und dadurch entpolitisieren würden (Berdal and Caplan, 2004). Bliesemann de Guevara und Kühn (2010) sprechen von der *Illusion Statebuilding*, die lediglich *potemkinsche* Fassaden errichten könne: *Statebuilding* könne zwar den technischen Erwartungen an Staatlichkeit entsprechen, aber nicht den dahinter liegenden Sozialbeziehungen, die eventuell anderen Strukturen, Mustern und Logiken folgen. Aufgrund dieses Dilemmas mangele es dem zu errichtenden Staat an Handlungsfähigkeit, Anerkennung und Legitimität. Einerseits durchdringe der Staat die Gesellschaft nicht und könne daher politische Ziele nicht umsetzen, auch wenn Institutionen in der Außenperspektive durchaus als funktionsfähig erscheinen; andererseits kontrolliere er lediglich die Institutionen, während die Gesellschaft staatliche Funktionen kaum nutze, sondern mehr auf persönliche Bindungen und informelle Arrangements setze, die als vielversprechender gelten würden (Bliesemann de Guevara und Kühn, 2010, p. 12). Somit mangelt es den Staaten, die in einem solchen internationalisierten Prozess entstanden sind, an Souveränität, Legitimität, gesellschaftlicher Durchdringung und damit gesellschaftlicher Geltungsmacht. Damit sind sie zwar nicht wirkungslos, sie können aber nicht das leisten, was sie anstreben, und widersprechen damit inhärent westlichen Grundwerten wie Selbstbestimmung, Souveränität und demokratischer Willensbildung.

Eine soziologische Perspektive mit Fokus auf die Entwicklung gemeinsamer Ordnungsvorstellungen, um die tieferen Ebenen von *Statebuilding*-Praktiken zu erfassen, wird momentan vernachlässigt. Vor dem Hintergrund dieser Beobachtung entwirft Bliesemann de Guevara *Statebuilding* als bewussten Versuch, eine Ordnung zu schaffen, und interpretiert *stateformation* als kontingente soziale Prozesse, die diese Politik begleiten und verformen (Bliesemann de Guevara, 2010, p. 113). Bliesemann de Guevara argumentiert: »[I]t is necessary to turn attention to the political and social processes that accompany them and which, in turn, are shaped to some extent by the temporally and spatially broader structures of world society« (Bliesemann de Guevara, 2010, p. 115). Auf dieser Perspektive beruht auch mein analytischer Zugang, mit dem ich die diffusen, dynamischen Prozesse um die Staatsgründung in Kamerun in einer Verlaufsperspektive erfassen möchte.

Verlaufsperspektiven auf Europäisches *Statebuilding*

Häufig wird in Arbeiten zu *Statebuilding* auf historisierende Arbeiten zur Entstehung europäischer Staatlichkeit, insbesondere auf Tilly, verwiesen (Lothholz und Lemay-Hébert, 2016). Tatsächlich ist die Frage der Entstehung von Staatlichkeit in der sozialwissenschaftlichen Forschung nicht neu, insofern es viele Arbeiten gibt,

die diese Langzeitprozesse wissenschaftlich erklären. Tilly (1990, 1975) untersucht die Entstehung moderner Staatlichkeit in Europa und verweist auf die grundsätzliche Gewalthaftigkeit des europäischen Staatsbildungsprozesses. Weiterhin betont er, dass es keinen einheitlichen Weg der Staatsbildung in Europa gab. Er analysiert historische Muster von Staatlichkeit und argumentiert, dass souveräne Staatlichkeit zur herrschenden Staatsform geworden sei, wie er beispielhaft an Frankreich und Großbritannien zeigt. Tilly thematisiert jedoch nicht, dass Frankreich und Großbritannien klassische *empire-states* (Burbank and Cooper, 2010) waren, die immens von ihren Kolonien profitierten. Auf diese Weise externalisiert er die *koloniale Frage* und vernachlässt, dass die Konstruktion von Souveränität in europäischen Nationalstaaten damit verflochten ist (Go, 2013, p. 17). Weiterhin negiert Tilly jegliche Interaktionen und wechselseitigen Beziehungen zwischen Metropole und Kolonie (Mbembe, 2001) und die Ausdehnung staatlicher Souveränität auf das gesamte Kolonialreich.

Andere Arbeiten untersuchen, wie sich Identität in historischen Prozessen und damit in Abhängigkeit von äußeren Umständen herausbildet (Elias, 2010; Foucault, 2006; Skocpol, 2015). In diesen Perspektiven ist Staatsgründung kein entpolitisierter Prozess mit technischem Charakter, sondern eine ambivalente, gewalt- und machtvolle und äußerst langwierige Entwicklung. Elias (2010) liefert eine Prozess-soziologische Beobachtung von *Staatsbildung*, die die inneren Widersprüchlichkeiten sozialer Prozesse in den Blick nimmt und den Wandel der konstituierenden Bestandteile anerkennt. Er entwirft den *Staatsbildungsprozess* als einen äußeren und inneren Prozess der Zivilisierung und verweist auf die tragende Rolle der beteiligten Akteure (Elias, 1990). Um diese sich wechselseitig bedingenden Veränderungen zu illustrieren, nutzt er einen langen Beobachtungszeitraum und insistiert auf einer langen Analyseverlaufsperspektive; erst durch die historische Perspektive mit ihren unterschiedlichen Zeithorizonten könne er die Wichtigkeit und Tiefe von Veränderungen beurteilen, wie Migdal und Schlichte betonen (2005, p. 21). Diese historisierende Langzeitperspektive hilft, gesellschaftlichen Wandel zu verstehen, und zeigt die wechselseitige Beziehung zwischen System und Akteur auf. In dem Kapitel »Die Fischer vom Mahlstrom« (Elias, 1983) betont Elias außerdem die Bedeutung von Relationalität in der Figuration von Macht im internationalen System – ein Konzept, auf das Arbeiten zu *Statebuilding* gerne zurückgreifen. Das internationale System, so Elias, bilde die Prozesslogik eines Nullsummenspiels aus, da Unsicherheit und Bedrohungen für Staaten immer daraus entstünden, dass die Machtfülle des einen Staates direkt die Macht eines anderen bedrohe. Diese Prozess-soziologische Beobachtung nutzt Linklater (2017, 2011, 2010) für die IB, um

den Anspruch *westlicher Staaten*⁴, andere Staaten zu zivilisieren, zu erklären. Veit (2010) beschreibt, aufbauend auf Elias, die Machtbeziehung zwischen internationalen *statebuildern* und lokalen Eliten als situative Figuration und betont, dass dadurch Herrschaftsstrukturen der kolonialen Vergangenheit (indirekte Herrschaft) erhalten und gefestigt werden konnten. Andere Vertreter_innen der historischen Soziologie lenken bei der Genese von Staatlichkeit den Blick auf Revolutionen, de-thematisieren jedoch ebenfalls die *koloniale Frage*. Skocpol (2015) konzentriert sich auf das französische Empire, um ihr Konzept von Revolution zu erläutern. Für meine Arbeit erweist sich diese Herangehensweise als relevant und problematisch zugleich: Relevant ist sie aufgrund der Verknüpfung von politischem Wandel, der Entstehung einer Form staatlicher Verfasstheit und Gewalterfahrungen; problematisch erscheint sie aufgrund der Auslassung der *kolonialen Frage*. Skocpols (2015) Hauptthese ist, dass politische Umwälzungen, die durch soziale Revolutionen passieren, generell Zentralismus und Bürokratisierung des Staates befördern, begleitet von der Mobilisierung von vorher marginalisierten, aber beliebten Gruppen in das politische Leben. In einer komparativen Perspektive verweist sie auf die Rationalisierung von Autorität und vertritt einen globalhistorischen Ansatz, der nach den Wechselwirkungen und Verbindungen zwischen den verschiedenen Revolutionen fragt. Skocpol argumentiert, dass in Frankreich die erste moderne Revolution stattfand, unter dem Titel *Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit*. Was sie indessen nicht thematisiert, ist, wie Frankreichs Revolutionäre legitimieren, dass das Land zeitgleich unterdrückende Kolonialmacht war; folglich ignoriert sie auch die nahezu zeitgleich ablaufende Haitianische Revolution (Trouillot, 1995).

Für *Statebuilding*-Analysen wird außerdem in vielfältiger Weise Foucault (2006) und dessen Langzeitstudie und Genealogie zu Macht, Wissen und Staatlichkeit genutzt, worauf ich hier nur verkürzt eingehen kann. Im Gegensatz zu den historischen Soziolog_innen konzentriert sich Foucault nicht komparativ auf die Formierung von Staatlichkeit und die Herausbildung von Gesellschaft, sondern ist bemüht, moderne Staatlichkeit und ihre Machtmechanismen in ihren Details zu verstehen. Forscher_innen, die Foucault zur Analyse von *Statebuilding*-Praktiken nutzen, greifen u.a. auf den Zusammenhang von Macht und Wissen sowie auf Foucaults Konzept von Rationalität und Zivilgesellschaft zurück (z.B. Chandler, 2010; Ryan, 2011). Foucault wird auch herangezogen, um den kolonialen Kontext zu erklären, wird diesbezüglich aber auch stark problematisiert (Stoler, 2016, 2010). So kritisiert Go (2013) Foucault für sein Übersehen kolonialer Gewalt und sein Verständnis von Europa als von den eigenen Kolonien abgeschnitten; darin zeige sich,

4 Westliche Staaten: Ich verwende den Begriff, um auf die Kritik am Gegensatz zwischen größtenteils industriell entwickelten Ländern im Norden und Ländern des *globalen Südens* Bezug zu nehmen.

dass für ihn imperiale und koloniale Geschichte nicht zur europäischen Geschichte gehörten (Go, 2013, p. 16).

Umstrittenes Verständnis von Staatlichkeit

Neben historischen Arbeiten diskutieren auch jene zu *Statebuilding* das Konzept von Staatlichkeit. Bei *donor*- oder *policy*-orientierten und technokratischen Ansätzen überwiegt die Vorstellung, dass mit der Stärkung von Institutionen und der Verbesserung von bürokratischen Abläufen der Staatsaufbau und der Machttransfer gelingen. Dabei wird davon ausgegangen, dass *Statebuilding* ein institutionelles Problem ist und dass die Bereitstellung von Ressourcen – in den Bereichen Sicherheit, Ökonomie, Politik und Bürokratie – gesellschaftlichen Wandel induziere. Diese institutionen- und resourcenorientierten Perspektiven werden vor allem für die Unterschätzung der Schwerfälligkeit und Langsamkeit von Veränderungen kritisiert: »The prescriptions in essence list the institutions and processes that need to be in place in a modern, Weberian, democratic state, but fail to outline a feasible process for getting there« (Ottaway, 2002, p. 1009). Ferner werden sie kritisiert, weil sie unintendierte Effekte und Konsequenzen vernachlässigen und davon ausgehen würden, dass Institutionen neutral seien. Demgegenüber wird argumentiert, dass die institutionellen Kontexte, in denen *Statebuilding* operiert, durch verschiedene, sich teilweise widersprechende Sets von Regeln, Autoritäten und Machtmustern charakterisiert seien; die internationale Intervention füge dem nur eine weitere Realität hinzu. Zudem würden Staaten nicht deshalb zerfallen, weil die Institutionen schwach sind, sondern weil die Mechanismen zur Durchsetzung von Macht und Autorität, die für ein Regime erforderlich sind, nicht mehr funktionieren würden (Ottaway, 2002, p. 1016). Forscher_innen kritisieren, dass allein das liberale und demokratische Staatsmodell als Meta-Lösung gesellschaftlicher Probleme in ganz verschiedenen Kontexten angesehen wird und dadurch nur liberale Staatlichkeit als zentrale Form gesellschaftlicher Herrschaftsorganisation gilt (Bliesemann de Guevara und Kühn 2010, p. 11). Inhärent ist der internationalen Politik die Vorstellung, dass Staaten die einzigen Regelungsinstanzen sind, die Gesellschaften dauerhaft stabil, friedlich und sicher gestalten können. Die Integration im internationalen System setzt, zumindest nach völkerrechtlicher Definition, souveräne Staatlichkeit voraus, die zumindest völkerrechtlich auf der Kontrolle von Staatsgebiet, Staatsvolk sowie Staatsgewalt (Jellinek, 1914) basiert. Sobald diese Kontrolle als lückenhaft erscheint, werden negative Bedrohungsszenarien wie Gewalt, ökonomische Probleme sowie instabile Außengrenzen, die zu Flucht und Migration führen, konstruiert. Was die Wissenschaft betrifft, stellen Migdal und Schlichte fest, dass Forscher_innen auf bestimmten Vorstellungen beharren, was der Staat sei und wie er mit der Gesellschaft und den äußeren Kräften interagieren solle (Migdal and Schlichte, 2005, p. 1). Dieses Beharren sei vor allem deshalb problematisch, weil die

konzeptionell gezogenen Grenzen zwischen Staat und Gesellschaft, öffentlich und privat, formal und informal, legal und illegal, empirisch durchaus nicht eindeutig sind (Migdal and Schlichte, 2005, p. 3). Zudem lässt ein solches Staatsverständnis für die Dynamiken in Subsahara-Afrika nur inadäquate und negative Deutungen zu, was eine Erklärung für die Intensität internationaler Interventionen im *Globalen Süden* sein könnte. Vor allem im Zuge von Globalisierungsprozessen wurde der Staat zum

»all-important mediator between global actors and the domestic population, putting state officials in a position to enhance their power over society through the control of key distributional mechanisms, directing such resources as foreign aid, loans, and investments and using them as levers to propagate state rules« (Migdal and Schlichte, 2005, p. 9).

Der Fokus auf staatliche Autonomie werde von Wissenschaftler_innen wie politischen Entscheider_innen gleichermaßen als essentiell angesehen, er weise aber bereits in liberalen demokratischen Staaten große Risse auf.⁵ Aus diesen Anforderungen heraus unterscheiden Migdal und Schlichte zwischen *seeing the state* und *doing the state*, worauf in der Forschung zu internationalen Missionen zurückgegriffen wird (Bliesemann de Guevara, 2009; Bonacker et al., 2017):

»Both state actors (functionaries, customs officials, policemen, teachers, legislators, and the like) and non-state actors (the broader population in the territory and those outside the territory who interact repeatedly with state actors) ›see‹ the state in a particular way; they have a mental picture of it as an integral unit, a way of conceiving what it is about and in which kind of affairs it plays or should play a role« (Migdal and Schlichte, 2005, p. 14).

Diese Bilder sowie Mythen, Symbole und Inszenierung von Staatlichkeit konstruieren Migdal und Schlichte zufolge ein *image of the state*, das nicht zwangsläufig universell von allen Akteuren geteilt wird.⁶ Zugleich betreiben staatliche wie nicht-staatliche Akteure ein *doing of the state*. Diese beiden Komponenten haben Einfluss darauf, wie Menschen sich verhalten oder welches Verhalten angestrebt wird (Migdal and Schlichte, 2005, p. 15). Damit konzeptualisiert sich der Staat als ein

5 Diese Risse zeigen sich vor allem in Bezug auf identitäre Fraktionen und Positionalitäten: Der Staat wird als zentralistische mächtige Institution gedacht, die auch über diverse Gesellschaftsstrukturen hinweg funktioniert; so scheint wissenschaftliche Forschung in der Regel davon auszugehen, dass sich die Bewohner_innen von Frankreich zuallererst als französisch definieren anstelle etwa als bretonisch, algerisch etc. (Migdal and Schlichte, 2005, p. 6); aus soziologischem Blickwinkel erscheint dies weder realistisch noch sinnvoll.

6 Migdal und Schlichte verweisen hier auf die Einweihungen von infrastrukturellen Projekten, auf Ansprachen, Flaggen, Symbole, Narrative und Fahnen, aber auch auf Sprache, wie etwa die Wendung »father of the nation« (Migdal and Schlichte, 2005, p. 23).

»field of power marked by the use and threat of violence and shaped by 1) the image of a coherent, controlling organization in a territory, which is a representation of the people bounded by that territory, and 2) the actual practices involving those staffing its multiple parts and those they engage in their roles as state officials« (Migdal and Schlichte, 2005, p. 15).

Folglich können Migdal und Schlichte Friktionen und Probleme innerhalb von *Statebuilding*-Missionen damit erklären, dass es zu einem Auseinanderfallen von Bild und Praxis von Staatlichkeit kommt. Insofern kann Staatlichkeit als Feld betrachtet werden, in dem über verschiedene Einfallswinkel Machtfragen verhandelt werden (Migdal and Schlichte, 2005, p. 19) und in das auch nichtstaatliche, gesellschaftliche Akteure involviert sind, die den Staat ebenfalls *mitkonstruieren* (Migdal, 2001, p. 124).

2.1.2 Dilemmata und Schwierigkeiten der Praxis von *Statebuilding*

Kritik an *Statebuilding*-Missionen stellt heraus, dass sich die internationalen Vertreter_innen stark an westliche Vorstellungen ausrichten und diese in einem »quasi-kolonialen top-down Prozess in den betroffenen Gesellschaften [...]« (Bonacker et al., 2014, p. 10) durchsetzen. Neben dieser Kritik an quasi-kolonialen Strukturen (Chandler, 2000; Chopra, 2002) wird argumentiert, dass Autorität und Legitimität nicht allein aus funktionierenden Institutionen resultieren, sondern in Interaktionsprozessen zwischen Staat und Bevölkerung entstehen. Distler (2014) zeigt in seinen Arbeiten zu Interventionen als soziale Praxis, dass *Statebuilding*-Mechanismen auch in der praktischen Anwendung an Grenzen stoßen; zusätzlich zur Kritik am Konzept *Statebuilding* macht er damit auf die Dilemmata der *Statebuilding*-Praxis aufmerksam. Die Arbeiten von Richmond (2014, 2013) und Mac Ginty (2011) sind repräsentativ für die Hinwendung zur lokalen Erfahrung des *Statebuildings*: Sie betonen die lokale Akteurschaft in intervenierten Gesellschaften. Weitere Arbeiten befassen sich mit lokalem Widerstand gegen *Statebuilding*-Missionen und diskutieren dabei situative Akteursbeziehungen, Gewalthaftigkeit und Legitimität. Während hier zunächst die Idee des *spoilers* verfolgt wurde (Menkhaus, 2006; Newman and Richmond, 2006; Stedman, 1997), kam es später zu einer Verschiebung des akademischen Diskurses – hin zur Betrachtung des kontextuellen Zusammenhangs einer Mission, um Störungsmomente, Irritationen und Widerstand in der Aushandlung erklären zu können. So spricht Richmond von *critical agency* (Richmond, 2011) und Mac Ginty verweist auf den Kontext von *hybridisation* (Mac Ginty and Sanghera, 2012) – ohne jedoch die Beziehung zwischen Intention, Praktik und Ergebnis zu thematisieren: So bezieht Mac Ginty (2011) gewalthafte Formen des Widerstands ein, während Richmond (2012) sich lediglich auf gewaltfreien Widerstand bezieht. So zeigen sich am Konzept Widerstand empirisch die

inhärenten Brüche von Legitimität innerhalb von Missionen und in theoretischer Hinsicht, dass lokaler Widerspruch gegen nicht erfüllte bzw. erfüllbare Ansprüche von den internationalen Missionen als Form des Widerstands eingeordnet wird (Distler, 2014, p. 14). Infolge dieser Kritik entwickelten sich praxeologische Perspektiven auf internationale Missionen (Bueger and Gadinger, 2018; Distler, 2014; Graef, 2015). In diesen Arbeiten wird das lokale Erleben internationaler Missionen in den Fokus gerückt, wobei u.a. Konstruktionen von Widerstand untersucht werden (de Heredia, 2013, 2012).⁷ Was diese Studien verbindet, ist ihr Interesse an den Gründen für den Widerstand gegen die quasi-staatliche Autorität von *Statebuilding*-Missionen und daran, welchen Machtbeziehungen darin Ausdruck verliehen wird. Jüngst setzt sich die Erkenntnis durch, dass lokale Akteure legitime Gründe haben könnten, sich internationalen Vorgaben zu widersetzen, weil sie die lokalen Strukturen und den sozioökonomischen Kontext (aus anderer Perspektive) kennen. Die beobachtende Analyse des Alltäglichen, des *everyday(s)*, soll folglich zu einem besseren Verständnis der Legitimitätskrise der internationalen Missionen führen. Denn: »[T]he massive arrival of staff involved in international governance creates a social gap between the international and the local ‚worlds‘, which in turn fuels local resistance as this gap becomes a target of narratives of resistance by certain local actors« (Lemay-Hébert, 2011a, p. 1824). Häufig wird der Anstieg der Prostitution, von Krankheiten und des allgemeinem Preislevels genannt, der bei der lokalen Gesellschaft ein Gefühl der hierarchischen Asymmetrie und monetärer Abhängigkeit schaffen. Diese Lücke zwischen Internationalen und Lokalen beschreibt Lemay-Hébert als »bifurcation of the two worlds« (Lemay-Hébert, 2011a, p. 1824).

Legitimität im *Statebuilding*

Der Blick auf die lokale Beteiligung sowie auf Interaktionen zwischen den Intervenierenden und den jeweiligen Gesellschaften führte in der akademischen Debatte zur Frage nach der Herstellung von Legitimität: Im *Statebuilding*-Prozess ringen viele verschiedene Akteure um Legitimität, die aus verschiedenen Machtressourcen gewonnen wird. Als Problem erweisen sich in der Praxis jedoch nicht die verschiedenen Quellen von Legitimität, sondern Folgendes: »[T]he different forms of legitimacy claimed by state and society are not mutually reinforcing« (Andersen, 2012, p. 206). Im Zuge der Analyse der Legitimität von *Statebuilding*-Missionen wurde die kontextlose Übertragung von Konzepten kritisiert. Gippert (2016) untersucht die

7 Viele Arbeiten gründen auf Foucault (2006), Scott (1985) und Bayat (2013). Scott sowie Bayat untersuchen in ihren Arbeiten *everyday activism* und betonen, dass Widerstand sozial konstruiert ist. Scott macht verschiedene Ebenen von Widerstand gegen Autorität aus: einerseits unmittelbare Praktiken, die Autorität anrufen, zum Beispiel Steuerrückzug, Proteste und Demonstrationen; andererseits indirekte Praktiken, etwa Arbeitsanweisungen langsamer und schlechter auszuführen oder Kleinstdiebstahl.

Bereitschaft lokaler Polizeikräfte, internationale Konzepte zu befolgen oder aber Widerstand dagegen zu leisten. Dabei verweist sie auf die Komplexität der Interaktion zwischen Lokalen und Internationalen im *Statebuilding*-Prozess; sie entstünde durch das vielfältige Set lokaler Akteure, mit denen Internationale kooperieren müssten, um ihr Mandat auszuführen. Eine ähnliche Dynamik untersucht Pouligny bezüglich der Legitimationsvorteile, die über Kooperationen zwischen internationalen und lokalen Akteuren verhandelt und ausgetauscht werden (Pouligny, 2006, 2005, p. 501). Anhand der Fälle Kosovo und Ost-Timor untersucht Lemay-Hébert (2011b) das Phänomen der rapide sinkenden Anerkennung und Legitimität seitens der Bevölkerung im Verlauf der Mission. Lemay-Hébert kritisiert, dass externe *Statebuilder* ihre Ziele und Programme weitestgehend unabhängig von lokalen Besonderheiten und Wissen definieren. Für seine Kritik prägt er den Begriff *Empty-Shell Approach*:

»The marginalization of local actors, a logical consequence of the empty-shell approach, has led, on the one hand, international actors to monopolize authority, and on the other, these same local actors to express their frustration outside the main political channels. Legitimacy quickly withered away while international administrators had to face stark choices« (Lemay-Hébert, 2011b, p. 207).

Solche Frustrationen führen zur Bedrohungswahrnehmung und zu Gewaltereignissen, die die Missionen in eine Situation der Unsicherheit bringt, weil es zu einem Konflikt um Deutungsmacht kommt (Bonacker et al., 2014). Unter Verweis auf lokale Frustration und koloniale Praktiken argumentiert Chopra (2002) bezüglich des *Statebuildings* in Ost-Timor, dass die Trennlinie zwischen lokaler und internationaler Sphäre Einfluss auf die Konstruktion von Sicherheit habe. Diese Trennlinie wiederum wird durch Sicherheitspraktiken markiert und definiert, wie viele Autor_innen feststellen. Die Sicherheit der UN-Missionen selbst in den Blick nehmend, fragen Hunt und Bellamy (2015) nach Konstruktionen von (Un-)Sicherheit seitens der externen Intervenierenden. Weigand und Anderson (2015) untersuchen, wie die gesicherten UN-Fahrzeuge auf die Interventionsgesellschaft wirken. Bachmann inspiriert die Schnittstelle zwischen *western-led intervention* und *Policing* (Bachmann, 2014; Bachmann et al., 2014) sowie global-lokalen Interaktionen, die im Bereich Sicherheit zusammenprallen (Bachmann, 2012a, 2012b; Bachmann and Hönke, 2010).

Im Aufeinandertreffen von lokaler Gesellschaft und internationalen Missionen wird häufig von Friktionen oder Brüchen gesprochen, weil die Grenzen zwischen den differenten Akteurskategorien (lokal, zivilgesellschaftlich, national, international) beständig neu ausgehandelt, verstärkt oder verschoben werden müssen (Wodrig, 2017, p. 25). Kappler betont, dass Internationale häufig das Lokale über- oder unterbetonen, um sich selbst in dem spezifischen Missionsgefüge zu verorten:

»The positionality as international, on the one hand, seems to go hand in hand with a notion of authority and competence. Local identity, which is, on the other hand, performed in parallel, suggests local ownership and legitimacy of projects and facilitates access to funding« (Kappler, 2015, pp. 883-884).

Die Legitimität der Präsenz der Internationalen herauszustellen, ist für Wesley ein Anzeichen für die »aversion to appearances of neocolonialism« (Wesley, 2008, p. 375). Diese Aversion drückt sich außerdem darin aus, dass *Statebuilding* als technischer Prozess seitens lokaler politischer Vertretung und internationaler Beratung konstruiert wird, um mögliche Analogien zum kolonialen Vorgängermodell und etwaige Kritik an der Einmischung in die innergesellschaftliche Souveränität zu vermeiden (Wesley, 2008, p. 375). So definieren sich Internationale häufig als neutrale, unpolitische Akteure (Andersen, 2012; Kurz, 2010; Zaum, 2007). Die internationale Autorität über Wissen und Konzepte, die zugleich als neutral kommuniziert werden, führt, so analysiert Autesserre (2010) für den Fall Kongo, zu ganz spezifischen Abläufen und Maßnahmen. Autesserre argumentiert:

»[...] [L]abeling the Congo a ›postconflict‹ situation instead of a ›war‹ made a specific set of policies and procedures (such as elections organization) seem natural and appropriate while it made another set of strategies (such as work on local conflicts) seem inappropriate and illegitimate« (Autesserre, 2010, 2009, p. 254) [Hervorhebung M. K.].

Weiterhin betont sie, dass Internationale nicht neutral sein könnten und auch von der lokalen Bevölkerung nicht als neutral gesehen würden; denn Mandat und Mission bezogen sich auf eine bestehende Gesellschaftsstruktur, folglich würden selten neutrale Maßnahmen ergriffen.⁸ So zeigen die *Statebuilding*-Missionen der letzten Jahre, dass Interventionen in politische Konflikte verwickelt wurden und diese nicht lösen konnten, was zu fehlender Legitimität und Widerstand führte. In den vorgestellten Forschungsarbeiten wird diskutiert, wie Legitimität konfliktive Gewalteskalationen beeinflusst und wie sie über Sicherheit hergestellt wird. Verhandelt wird die Rolle der Internationalen, die sich statt als koloniale Akteure als benevolente, neutrale *Statebuilder* oder Entwicklungshelfer_innen konstruieren wollen (Eriksson Baaz, 2005). Dass dabei die Legitimität der *Statebuilder* fortwährend affiniert werden muss, ist ein Hinweis auf die Aversion dagegen, als Akteure eines neokolonialen Projektes angesehen zu werden. Dennoch sei, wie Caplan bemerkt, »the colonial precedent [...] very often invoked in studies of post-conflict state building, yet it is rarely examined« (Caplan, 2012). Um dem nachzugehen müssten, so

8 In methodologischer Hinsicht ist die Arbeit von Macaspac (2017) über die »double suspicion«, die ihr als Forscherin aus dem *globalen Süden*, die im Süden forscht, entgegentritt, herauszustellen. Die Selbstwahrnehmung internationaler Entwicklungshelfer_innen untersuchte von Heusinger (2017).

mein Argument, internationale Interventionen und ihre Akteure, trotz differenter Konstellationen, in einer Verlaufsperspektive betrachtet werden, weil sich so Muster erkennen lassen.

2.1.3 Die Kontinuität externer Herrschaft in der Verlaufsperspektive

Mein Analyseinteresse ist von Arbeiten inspiriert, die auf Kontinuitäten zwischen Kolonialismus, Protektoraten, Treuhandgebieten und modernem *Statebuilding* verweisen: Der neue Interventionismus der Zeit nach dem Kalten Krieg wurde als *Empire-lite* (Ignatieff, 2003), *Neo-Trusteeship* (Wilde, 2010), *protectorates* (Mayall and Oliveira, 2011; Pugh, 2000) oder *postmodern imperialism* (Wesley, 2008) bezeichnet. Weiterhin wurden die Dekolonialisierungskriege der 1950er Jahre mit dem so genannten *War on Terror* verglichen (Klose, 2009, p. 4). Chesterman (2004) analysiert historisch die bisherigen UN-*Statebuilding*-Missionen. Frieden und Sicherheit seien Kernthemen der *transitional administrations*, wobei die UN die Rolle der verwaltenden Regierung zukomme, um Justiz sowie ökonomische Strukturen aufzubauen. In seiner Analyse verweist Chesterman, auf die »lasting significance of decolonization« (Chesterman, 2004, p. 12) sowie darauf, dass »[o]ne of the many ironies in the recent history of transitional administration of territory by international actors is that the practice is regarded as *novel*« (Chesterman, 2004, p. 11). Eine ähnliche Beobachtung teilt Bain, der imperiale Besitzungen des britischen Empires mit aktuellen Treuhandsituation in Ost-Timor und Kosovo vergleicht (Bain, 2003a); er verweist in seiner Analyse auf »procedural ethics of trusteeship in the context of two contrasting understandings of equality« (Bain, 2003b, p. 60). Anghi (2006) untersucht die Beziehung zwischen Kolonialismus und Internationalem Recht und zeigt die Kontinuitäten von Treuhandskonstellationen auf. Weitere Forscher_innen machen, in kritischer und historisierender Perspektive, Ähnlichkeiten mit anderen imperialistischen Situationen aus (Doyle and Sambanis, 2006; Mazower, 2009a; Paris, 2002; Wilde, 2010). Vor allem stellen sie die Rolle der UN heraus (Doyle and Sambanis, 2006; historisch: Mazower, 2009a). Für vergleichende Einblicke in die verschiedenen Übergangsverwaltungen im Kosovo und Ost-Timor kann auf Caplan (2004) verwiesen werden. Newman (2013) interpretiert Gewalt als konzeptionelle Brücke zwischen historischen Interventionen und aktuellen *Statebuilding*-Missionen und zeigt, dass liberale Staatenbildungsprozesse in einer historische Kontinuität stehen. Den Zusammenhang zwischen der globalen Bedrohungskonstruktionen von schwachen Staaten und Begründungen für internationales *Statebuilding* als *Neo-Trusteeship* analysieren Fearon and Laitin (2004). Wilde (2010) betont die Kontinuitäten internationaler Übergangsverwaltungen aus völkerrechtlicher Perspektive.

Eine explizite empirische Verlaufsperspektive auf internationale Interventionen nehmen Dodge (2006), Veit (2010) und Sabaratnam (2013) ein: Für den Irak vergleicht Dodge (2006) zweistufig die *Staatsbildungsversuche* im britischen Em-

pire sowie die US-Intervention 2003. Veit (2010) untersucht die Internalisierung der *indirect rule* in Kongo über verschiedene Missionszusammenhänge hinweg. Sabaratnam fragt nach den Kontinuitäten verschiedener historischer Situationen in Mozambique und betont, dass eine Langzeitperspektive hilft, die spezifischen Muster externer Staatsbildungsversuche zu verstehen. Sie argumentiert, dass die Einbeziehung der historischen Erfahrung zu einem reflektierteren Umgang und Verständnis hinsichtlich aktueller Interventionspraktiken führe (Sabaratnam, 2017) – ein Argument, dem ich mich mit meiner Arbeit anschließe. Wie Charbonneau (2014) bemerkt, beziehen sich Vergleiche zwischen imperialen Besitzungen und zeitgenössischen Peacebuilding-Missionen häufig auf das britische Empire. »[T]he context of Francophone Africa and France-Africa security relations is one that is typically left unexplored«, so Charbonneau (2014, p. 607). Diese Beobachtung greift meine Arbeit auf und widmet sich dem französisch verwalteten Teilgebiet Kameruns. Im Kontext der französischen imperialen Eingriffslogik stellt Schlichte (1998) den postkolonialen Habitus Frankreichs heraus, der nicht gänzlich mit den Theorien der IB erklärt werden könne: »Der *postkoloniale Habitus* bildet den Schlüssel für eine rationale Erklärung einer irrational anmutenden Politik« (Schlichte, 1998, p. 320). Dieser *postkoloniale Habitus* markiert laut Schlichte die wahre Kontinuität französischer Außenpolitik. Die Eckpunkte des postkolonialen Habitus bilden (neben der Politisierung des Raumes): die Interpretation der französisch-afrikanischen Beziehungen in Begriffen der Freundschaft, die eine Schutzverantwortung implizieren; die Kulturalisierung des Politischen; der Etatismus (Schlichte, 1998, p. 323). So wird zur Rechtfertigung französischer Interventionen üblicherweise die Schutzverantwortung für die ehemaligen Kolonien herangezogen (Schlichte, 1998, p. 325). Zugleich wird, trotz der behaupteten Nähe, diskursiv eine Differenz festgehalten – bspw. durch Begriffe wie *Stämme*, *Chiefs* etc. Ähnliche Dynamiken werden von Sangar (2013) bei einem Vergleich zwischen Großbritannien und Deutschland analysiert; beispielhaft an der Interventionen in Afghanistan identifiziert Sanger die *historical experience* als Basis für militärische Handlungserwartungen.

2.1.4 Die Verknüpfung von Staatlichkeit, Sicherheit und Versicherheitlichkeit: Sicherheit im *Statebuilding*

Wie in Kapitel 2.1.1 erläutert, geht es beim *Statebuilding* um den Aufbau und die Übergabe des Gewaltmonopols und damit auch um den Aufbau von Sicherheit. Im Feld Sicherheit spiegeln sich die Spannungen und Widersprüche internationalisierter *Statebuilding*-Prozesse, die oft als Antwort auf eine zuvor konstruierte Fragilität, Unsicherheit oder Gefährdungslage folgen. Daher werde ich im Folgenden kurz die Erkenntnisse der Sicherheitsforschung skizzieren, auf die ich im Kapitel 4.1. theoretisch aufbaue. Statt Frieden steht inzwischen Sicherheit im Fokus der akademischen Forschung in den Internationalen Beziehungen, was auf eine ver-

änderte Wahrnehmung politischer Probleme hindeutet. Auffallend ist die große Bandbreite an Arbeiten zu Sicherheit. Geforscht wird beispielsweise zum Wandel einer Sicherheitskultur (Daase et al., 2012), zum Verhältnis von Freiheit und Sicherheit (Müller, 2016), zu transnationalem Terrorismus als Bedrohung der Sicherheit (Schneckener, 2006), ebenso liegen historische Analysen von Sicherheit (Conze, 2017) sowie zum Verhältnis von Sicherheit und Risiko (Münkler et al., 2015) vor. Historisch ist der Sicherheitsbegriff eng an jene Vorstellung von Staatlichkeit geknüpft, in der der Nationalstaat die Sicherheit seiner Bürger_innen schützen solle. So erkennen die Theorien des Realismus ausschließlich Staaten, die die bestehende Anarchie in ein hegemoniales Ordnungssystem bringen sollen, als Akteure an (Morgenthau, 1954; Waltz, [1979] 2010, [1959] 2001): Gemäß der theoretischen Annahmen ist im anarchischen internationalen System in der Verteidigung der Souveränität gegenüber anderen Staaten, vor allem die Sicherheit des *eigenen* Staates zu gewährleisten. Der Einfluss konstruktivistischer Ideen in der IB reichte bis in das Feld der Sicherheitsstudien (Fierke and Jorgensen, 2001; Wendt, 1992). Nach Ende des Kalten Krieges 1990 erlangte das Themenfeld Sicherheit neue Bedeutung (Katzenstein, 1996); das akademische wie politische Interesse verstärkte sich abermals nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Arbeiten der Sicherheitsstudien erklären, wann und welche Phänomene unter welchen Bedingungen sicherheitsrelevant oder zu sicherheitspolitischen Problemen wurden. Die Annahmen, die sich unter *Kritischer Sicherheitsforschung* (CSS) zusammenfassen lassen, argumentieren folgendens: Neben der objektiven Seite von Sicherheit, die hauptsächlich auf militärischer Stärke und der Bedrohungswahrnehmung von Staaten basiert, sei eine subjektive, konstruierte Wahrnehmung von Sicherheit relevant für das Verständnis von Sicherheit. Somit grenzt sich die neuere Forschung von traditionellen, realistisch geprägten Sicherheitskonzepten ab. Sicherheit wird damit zu einem sozialen Thema, das verschiedene Akteure, Instrumente, Vorstellungen und Referenzobjekte betrifft (Balzacq, 2011; Bigo, 2000a; Buzan et al., 1998). Traditionelle Strategien und Ansichten zu Sicherheit wurden erweitert und herausgefordert durch neue theoretische Ansätze, die hauptsächlich diskursanalytische Methodologien nutzen; diese nehmen eine kritische Haltung gegenüber den als gegeben gedachten Realitäten von Sicherheit in der Welt ein. Die Ausdehnung des Sicherheitsverständnisses auf Gesellschaft, womit neue Felder wie Migration oder Kriminalität virulent wurden, wurde begleitet von einer Ausdehnung auf ökologische (Floyd, 2010) und humanitäre (Schlag et al., 2015) Aspekte. Bei humanitärer Sicherheit geht es um Menschenrechtspolitik und eine allgemeine Schutzverantwortung der internationalen Gemeinschaft, was sich im Konzept *Responsibility to Protect*⁹ ausdrückt. Diese konzeptionellen Erweiterungen des Verständnisses von

⁹ Die *Responsibility to Protect* (R2P) ist eine internationale Vereinbarung, die die Verantwortung für den Schutz von Menschen vor schweren Menschenrechtsverletzungen betont.

Sicherheit – bezüglich globaler Bedrohungen, etwa durch Terrorismus, ebenso wie bezüglich eher lokaler Bedrohungen, etwa durch die neuen Kriege (Kaldor, 2007; Münkler, 2002) – bedingten auch, dass die entwicklungspolitische Agenda politisiert wurde (Duffield, 2007).¹⁰

Was vor einigen Jahren noch ein konstruktivistisch inspirierter neuer Entwurf für Sicherheitspolitik war, ist inzwischen im Mainstream angekommen, wie die Vielzahl an Publikationen (Aradau, 2004; Buzan et al., 1998; Kruck and Schneiker, 2017; Rowley and Weldes, 2012) und Forschungsschwerpunkten zum Thema Sicherheit zeigt. Entsprechende Arbeiten der kritischen Sicherheitsforschung untersuchen *Versicherheitlichungsprozesse*, um zu erklären, wie Sicherheit und Unsicherheit zu Konflikten führen können. In Bezug auf *Statebuilding* konzentrieren sich Arbeiten häufig auf Reformen des Sicherheitssektors (*Security Sector Reform*). So untersuchen Brzoska (2006) sowie Hägggi und Chappuis (2013) Sicherheitsreformen; Schröder and Kode (2012) beziehen sich auf die *rule of law*; Jackson (2015, 2015, 2011, 2010) widmet sich Reformen in Sierra Leone, Bayley und Perito (2010) jenen in Afghanistan und Irak. Schröder et al. (2013) nehmen eine komparative Perspektive ein. Der Zusammenhang von Staatlichkeit, Intervention und Sicherheit wird von Wesley folgendermaßen herausgestellt:

»Security is given absolute priority, reflecting a Weberian understanding of the *essence of stateness as the monopoly of the means of legitimate violence* and a Hobbesian belief that a pervasive state of insecurity makes all other human activity impossible. The imperative of intervening states and organizations is to protect their own personnel first and foremost, especially in situations where sections of the population may have an incentive to attack foreign personnel. *Violence is also the most visible manifestation of state failure*: making rapid progress in quelling instability and disarming militants is important for mission morale and the domestic legitimacy of the exercise in the intervening states« (Wesley, 2008, p. 377) [Hevorhebung M. K.].

Da *Peacebuilding*-Missionen damit begründet werden, das internationale System zu schützen, begreift Newman (2010) *Peacebuilding* als direkten Bestandteil der Sicherheitsagenda. Darüber hinaus betrachtet er *Peacebuilding* selbst als versicherheitlich: Newman zeigt damit die inneren Dilemmata von *Peacebuilding* auf; dennoch, so Newman weiter, führe das Konzept »*towards a more accurate understanding of the true nature of insecurity and violent conflict, characterized more by civil*

¹⁰ Das Konzept der Sicherheit wurde zu einem integralen Bestandteil des neuen *Development-Paradigmas* und von *Global Governance*, was auch den hier betrachteten Fall Kamerun berührt. Insbesondere Ayoob (1995) beschäftigt sich mit dem Sicherheitsdilemma des *globalen Südens*, dass er darin sieht, dass die Ausweglosigkeit von Sicherheit im hierarchischen internationalen System einen konstanten Ausnahmezustand und damit Unsicherheit produziert.

war and persecution rather than conventional patterns of inter-state war» (Newman, 2010, p. 306). Weitere Perspektiven auf den Zusammenhang von *Statebuilding* und *Versichertheitlichung* werden im Sammelband von Bonacker et al. (2017) entwickelt. Analog zum gesamten Forschungsfeld der IB beziehen nur wenige Arbeiten aus den Sicherheitsstudien die Folgen kolonialer Herrschaft konzeptionell ein (Doty, 1996, pp. 1-2), auch wenn koloniale Strukturen nebst Dekolonisierungsprozessen maßgeblich von Gewalt, Bedrohungskommunikation und Unsicherheit geprägt waren. Vielemehr werden diese Prozesse als abgeschlossen betrachtet und die dekolonisierten Staaten als Mitglieder des internationalen Systems gedacht. Trotz anderer Positionalität, haben einen ähnlich Realismus-orientierten Analysefokus jene Forscher_innen des Feldes, die einer im weitesten Sinne nichtwestlichen IB-Theoriebildung zugerechnet werden können, bspw. Ayoob (1995) oder Deng (1995). Dementsprechend bleiben viele kritische Arbeiten der etablierten Überzeugung verhaftet, dass der Staat, die demokratische Ordnung nebst UN-System und staatlicher Souveränität prioritätär sei; andere lokale oder historische Gegebenheiten können sie in der Folge nicht erfassen (Appeltshauser, 2016).

Aus diesen Gründen problematisiert die kritische Sicherheitsforschung Sicherheit als koloniales und eurozentristisches Konzept (Abrahamsen, 2003; Bilgin, 2008; Barkawi and Laffey, 2006). Barkawi und Laffey (2006) machen die Entwicklung des Sicherheitsbegriffes innerhalb der Disziplin zum Thema und kritisieren eine spezifische Haltung – »taken-for-granted [of] historical geographies« –, die den Globalen Süden in Sicherheitsbeziehungen missrepräsentiert und unterschätzt. Sie führen demgegenüber aus: »Understanding security relations, past and present, requires acknowledging the mutual constitution of Europe and the non-European world and their joint role in making history« (Barkawi and Laffey, 2006, p. 330). Dieser Position folgend, beschäftigt sich Bonacker mit der Frage, was nichtwestliche *Human-Security-Ansätze* sind (Bonacker, 2019). Postkoloniale Perspektiven auf Polizeitaktiken werden im Sammelband von Hönke und Müller (2016) versammelt. Andere Arbeiten entwickeln eine kritische Perspektive auf die vorgebliche Natürlichkeit oder Selbstverständlichkeit des Eingreifens (Charbonneau, 2014; Koddenbrock, 2015a), verweisen auf koloniale Kontinuitäten (Daase and Friesendorf, 2010) oder konzeptionalisieren eine Sicherheitsagenda in der *Postcolonial Condition* (Hönke and Müller, 2012).

Im Kontext der postkolonialen Auseinandersetzung geraten aber auch *Versichertheitlichungsansätze* selbst in die Kritik: So verweist Bertrand auf die Kolonialität des Ansatzes am Beispiel der Kölner Silvesterübergriffe (Bertrand, 2018). Sie argumentiert, dass *Versichertheitlichungstheorien* sowohl Frauen als auch Migrant_innen zum Schweigen bringen: Zudem diskutiert sie die Kolonialität der theoretischen Annahme, die Bedeutung von Schweigen und Verstummen innerhalb der sprechakttheoretischen Grundlagen und die Folgen dieser Ausschlüsse in anschaulicher Weise mit Claudia Aradau (Aradau, 2018; Bertrand, 2018). Zudem setzen sich How-

ell und Richter Montpetit (2019) in einem Artikel mit den rassistischen Grundlagen der Versichertheitlichungstheorie auseinander, die auf Eurozentrismus, methodologischer Whiteness und *antiblack Racism* basieren. Das Feld postkolonialer Ansätze innerhalb der Sicherheitsforschung bleibt allerdings klein und entsprechend selten finden sich Arbeiten zu postkolonialen Sicherheitskonstruktionen, deren Umstrittenheit, verschiedene Positionalitäten und eine Verlaufsperspektive als Perspektive. Zusammengefasst zeigen die in Kapitel 2.1. vorgestellten Arbeiten, dass europäische Staaten und Staatlichkeit nicht ohne Konflikt und Gewalt entstanden sind. Zudem wurde deutlich, dass *Statebuilding*-Analysen in einer Verlaufsperspektive Momente gesellschaftlichen Wandels und situative Machtkonstellation und -figurationen aufzeigen können. Meine Arbeit knüpft an diese Prozess-soziologischen Zugänge an: Ich betrachte Staatlichkeit als Prozess, in dem ein *image of the state* sowie ein *doing the state* geprägt werden. Sicherheit kommt innerhalb von *Statebuilding*-prozessen eine besondere Bedeutung zu, da die Übergabe des Gewaltmonopols verhandelt wird und Gewalt ein sichtbares Zeichen für den Mangel an funktionierenden staatlichen Strukturen ist. Zudem wird innerhalb von *Statebuilding*-Missionen der Aufbau von Sicherheitsstrukturen prioritisiert – so sind Fortschritte bei der Bekämpfung der Instabilität und der Entwaffnung wichtig für die Legitimität internationaler Missionen. In meiner Analyse lege ich den Fokus auf die Umstrittenheit von Sicherheitskonstruktionen und frage nach dem Wandel des Konzepts im Verlauf. Mithilfe postkolonialer Theorien werden dabei Macht-dynamiken und Nachwirkungen entschlüsselt. Unter Zuhilfenahme bestehender Forschung will ich im Folgenden die Situation einer *Staatsbildung* im internationalisierten Kontext untersuchen und zwar in einer Verlaufsperspektive. Dabei werde ich die Erkenntnisse aus und Kritik an zeitgenössischen *Statebuilding*-Missionen auf die UN-Treuhandskonstellation in Kamerun anwenden.

2.2 Sicherheit und Staatlichkeit in Afrika

Viele regionalwissenschaftliche Arbeiten aus der Afrikanistik verweisen seit Langem auf die Dynamik zwischen Staatlichkeit und Sicherheit in Subsahara-Afrika, vor allem im Zuge von Interventionen (z.B. Boone, 2003; Chabal and Daloz, 2005; Englebert, 2009; Hentz, 2013; Herbst, 2014; Olowu and Chanie, 2015). Daher sollen diesbezügliche zentrale Erkenntnisse und Arbeiten kurz vorgestellt werden. Staatlichkeit in Afrika wurde nach den Dekolonisierungsprozessen oft als unzureichend wahrgenommen, wissenschaftlich erfuhr die Debatte um Staatlichkeit im Regionalbereich Afrika stetig großes Interesse (Hyden, 2005). Die Bandbreite der Analyseinstrumente und Konzepte umfasst: ein Stufensystem von Staatlichkeit (Clapham, 1998); »Nicht-Staatlichkeit« (Engel and Olsen, 2010); »failed-states« (Milliken, 2003; Rotberg, 2003); »rogue states« (O'Reilly, 2007); Staaten, die eigent-